DENK´ MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 19 | Vereinszeitschrift | Dezember 2015

Massoud Harun-Mahdavi
München

Der Einfluss der Regierung Israels und der IS

Nach der Veröffentlichung des 5+1 Abkommens mit dem Iran waren wir Zeugen einer unvorstellbaren und beispiellosen Situation im US Senat: Die große Einflussnahme der israelischen Regierung auf US-Politiker und Politiker europäischer Staaten wurde dabei mehr wie als zuvor öffentlich sichtbar. Diese Entwicklung wird in diesen Ländern als bedrohlich wahrgenommen.

Die offizielle US-Israelische Freundschaft blickt auf eine fast 70-jährige Historie zurück. Sie begann mit der Errichtung des Staates Israel, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die im Jahre 1953 gegründete erste große Lobby-Gruppe AIPAC begann im selben Jahr offiziell ihre Aktivität in den USA.
In Bezugnahme auf einen Artikel von Peter Overby auf der Homepage von *NPR* (National Public Radio, Washington DC) werden die Leser der Homepage der *Voice of America* darauf hingewiesen, dass man auf gar keinen Fall die Macht und die Bedeutung der Lobbyisten von AIPAC unterschätzen sollte.

AIPAC

Die nachfolgende Liste einiger der mächtigsten US Politiker, die als Mitglieder des AIPAC geführt werden, zeigt die außergewöhnliche Machtstellung und Bedeutung der AIPAC in der Politik der USA:

- George W. Bush, ehemaliger Präsident der USA, Republikanische Partei
- George H. W. Bush, ehemaliger Präsident der USA, Republikanische Partei
- Dick Cheney, ehemaliger Vizepräsident der USA, Republikanische Partei
- Nancy Pelosi, ehemalige Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Demokratische Partei
- Bill Clinton, ehemaliger Präsident der USA, Demokratische Partei

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Peter Orzechowski
München

Bürgerkrieg in Deutschland?

Deutschland droht an der gewaltigen Flüchtlingswelle zu ertrinken – und niemand will sie vorhergesehen haben? Das ist leider ein Lügenmärchen. Seit sieben Jahren warnen Experten vor dem drohenden Chaos, das sogar im Bürgerkrieg enden kann.

Bildquelle: „Demo DRESDEN 25 Jan 2015 116227104“ von Kalispera Dell - http://www.panoramio.com/photo/116227104. Lizenziert unter CC BY 3.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PEGIDA_Demo_DRESDEN_25_Jan_2015_116227104.jpg#/media/File:PEGIDA_Demo_DRESDEN_25_Jan_2015_116227104.jpg

Die *Washington Post* zitierte schon im Mai 2008 den ehemaligen Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Michael V. Hayden, mit den Worten, dass Deutschland

Fortsetzung weiter auf Seite 18

Inhalt: **Seite**

„Der Einfluss der Regierung Israels und der IS,“, M. Harun-Mahdavi	**1**
„Bürgerkrieg in Deutschland?“, P. Orzechowski	**1**
„Brauchen wir einen neuen Saddam“, W. Dietl	**6**
„Kommet her zu uns alle .....“, K.-H. Nagel	**11**
„PhönixPreis 2015 - Münchner Wirtschaftspreis“, S. Harun-Mahdavi	**13**
„Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa“, P. Orzechowski	**13**
„Das Dutzend ist voll“, U. u. M. Schmidt	**15**
„Wasser ist ein Menschenrecht“, Ch.Wicht	**16**
„Frohe Weihnachten“, Die Redaktion	**20**
Über den Herausgeber	**20**
Impressum	**20**

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!
Thomas Babington Lord Macaulay

„Der Einfluss der Regierung Israels .....“
Fortsetzung von Seite 1

- Hillary Clinton
  ehemalige US-Außenministerin, Demokratische Partei
- Condoleezza Rice
  ehemalige US-Außenministerin, Republikanische Partei
- John Kerry, Außenminister, war Kandidat der Demokratischen Partei für die US-Präsidentschaftswahl 2004
- John McCain, Senator, war Kandidat der Republikanischen Partei für die US-Präsidentschaftswahl 2008

Diese „Who‘s Who“-Liste der amerikanischen Politik ist ein Zeugnis für die Übermacht und für die Einflussnahme-Möglichkeit Israels in der Politik der USA.
Um ihre Macht zu festigen, werden beispielsweise Preisträger und Honoratioren bei Preisverleihungen und Einladungen so gewählt, dass möglichst absolute Vertrauenspersonen an Schlüsselpositionen eingesetzt werden. Darüber hinaus setzen Sie ihre Medienmacht bei Funk und Fernsehen ein, um die eigenen politischen Interessen zu schützen, zu fördern und zu verwirklichen. Ein Beispiel für die mediale Funktion war die weltweite Unterstützung des Buches „Nicht ohne meine Tochter“, mit der erstmalig auf einer breiten Welle die Bevölkerung Irans, aber auch das gesamte Kollektiv der Moslems weltweit beleidigt und in Misskredit gebracht wurden.
Mit dieser Propaganda sollte in den 80er Jahren im Westen eine Anti-Iran aber auch gleichzeitig eine Anti-Islam-Stimmung erzeugt werden. Der Begriff „die islamische Welt“ wurde zeitgleich erstmalig in Gebrauch genommen.

In der Vergangenheit wurden „meinungsbildend“ bereits je nach Bedarf Indianer, Farbige, Asiaten, Kubaner, Sowjets, Araber, Moslems und auch Deutsche immer wieder in allerlei einschlägigen Hollywoodfilmen entsprechend negativ dargestellt. Und die Helden waren immer dieselben: Amerikaner, Christen und das Volk der Israeliten.
Geht man der Sache auf den Grund, dann erkennt man unweigerlich die Ursache für diese Sucht nach Macht in dem historischen Leid des Volkes Israel, sowie im unmenschlichen Verbrechen gegen die Juden im Dritten Reich, dem Holocaust. Der Staatsterror der Nazis und der Vernichtungswahn des faschistischen Diktators Adolf Hitler gegen die Israelis kann und darf man nie vergessen.

Aber diese Pflicht ist keine einseitige Verpflichtung: Es ist die Aufgabe und die Pflicht aller Menschen, dazu gehören auch die Überlebenden dieses Terrors, die richtigen Lehren aus der Weltgeschichte zu ziehen und in voller Verantwortung für Frieden der Weltbevölkerung einzutreten, damit derart Unmenschliches nie wieder geschieht.
Was man nicht für sich will, soll man auch nicht gegen andere geschehen lassen. Die Regierung Israels hat sich aus demselben Grundsatz heraus ebenso dieser Pflicht zu fügen und ist von dieser Verantwortung nicht ausgenommen.
Leider muss man sich angesichts mancher Aussagen, die man ernst nehmen muss, weil die Verfasser wichtige Personen sind und ihre gesellschaftliche Bedeutung nicht von der Hand zu weisen ist, sehr wundern.
Als Beispiel möchte ich hier die jüngste Aussage der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, im Interview mit dem *Münchner Merkur* (20.10.2015) erwähnen, in der sie die unverzeihlichen Worte ausspricht „Antisemitismus wird in islamischen Ländern mit der Muttermilch aufgesogen“!
Es ist völlig unwichtig, wie die ehemalige Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses dies gemeint haben mag, aber einen solchen Satz hätte ich aus dem Mund einer so ansonsten verantwortungsvollen Frau nicht erwartet.
Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Bedeutung dieses Satzes muss der Vergleich erlaubt sein, dass mich diese Aussage an jene fehlgeleiteten Lehren aus den Jahren 1933 bis 1945 über Juden in Deutschland erinnert.
Angesichts der aktuellen Weltsituation, die unten noch detaillierter beschrieben wird, kommt an dieser Stelle die legitime Frage auf, ob die Israelische Bevölkerung über die übertriebene Einflussnahme der israelischen Lobbyisten und deren mögliche negative Konsequenzen überhaupt Bescheid weiß?
Weiß die Bevölkerung Israels darüber Bescheid, dass dieses Übermaß an Einflussnahme soweit führt, dass sich die Menschen in diesen Ländern in die Enge getrieben sehen? So sehr, dass diese Menschen mittlerweile sich dagegen erheben?
Es geht soweit, dass die Menschen in diesen Ländern sogar ihre Grundrechte auf Freiheit und Unabhängigkeit bedroht sehen.
Die Menschen in Deutschland haben mittlerweile einen unglaublichen Komplex entwickelt. Sie fühlen sich stets von israelischen bzw. israelfreundlichen Spitzeln und Spionen verfolgt und denken, dass jedes Wort, das sie aussprechen, den Spionen Israels nicht verborgen bleiben würde.
Sie sehen wie ihre Politiker aus Angst um ihre Position sogar Selbstzensur betreiben, wenn es um Kritik an die Politik Israels geht, weil jede Kritik an die Politik Israels immer gleich als Antisemitismus ausgelegt wird.

Und umgekehrt erleben wir, dass ein Teil des gemeinen Volkes aus einer vermeintlichen politischen Machtlosigkeit heraus Antisemitismus als den einzigen Weg der Kritik versteht. Diese katastrophale Entwicklung ist es aber, die mir und Gleichgesinnten große Zukunftsangst bereitet.
Diese Angst und Furcht soweit unter den Menschen in Deutschland verbreitet zu haben, mag den Politikern in Israel sogar gefallen. Aber die Erfahrung hat in der Weltgeschichte gezeigt, dass eine solche Entwicklung sich durch eine unvorhergesehen Entwicklung sehr schnell um 180 Grad drehen kann. So sehr, dass die Menschen gefährliche Reaktionen zeigen und ihre bis dahin stillen Komplexe abartige Dimensionen bekommen können, wie den Holocaust.
Die Tragweite dieser Entwicklung sieht man auch

Fortsetzung weiter auf Seite 3

In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.
Aurelius Augustinus (354-430)

„Der Einfluss der Regierung Israels .....“
Fortsetzung von Seite 2

daran, daß seit einiger Zeit sogar viele Bürger in USA und im Rest Europas, bedingt durch die Politik der Regierung Netanjahus, ihr bis dahin unerschütterliches Vertrauen in die Regierung Israels verloren haben.

Oft hat man schon in der Vergangenheit das Gefühl gehabt, dass die Freundschaft der beiden Länder USA und Israel, eine von den USA ausgehende einseitige Freundschaft war.
Die USA ist in Bezug auf den Schutz seiner Grenzen und seiner inneren Angelegenheiten politisch autark und unabhängig und die Interessen und der Wohlstand seiner Bevölkerung müssten für die Politiker dieses Landes im Vordergrund stehen.
Das gilt natürlich auch für Israel.
Daher sind die politischen Ziele beider Staaten, die ihre eigene Unabhängigkeit und Freiheit betreffen, auch naturgegeben nicht immer deckungsgleich.
Angesichts des 5+1 Abkommens mit dem Iran, werden wir nun Zeugen dieser natürlichen Diskrepanz der Strategien und des nun ungerechtfertigten und zum Teil bösartigen Verhaltens der Regierung Israels und seiner Lobbyisten im Kreise der Senatoren der Republikanischen Partei gegenüber der US-Regierung und insbesondere dem US-Präsidenten Obama. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den Interessen des Staates der USA.
Diese Senatoren haben durch die Ausserachtlassung der nationalen Interessen der Vereinigten Staaten die Bedeutung des gesamten Kongresses in Frage gestellt. Sie haben öffentlich zur Schau gestellt, dass sie den Interessen des Staates Israel gegenüber dem Wohl der Vereinigten Staaten und der Bevölkerung der USA den Vorzug geben.
Das ist ein Affront und es ist eine Beleidigung für die in Amerika beheimateten Menschen.
Diese Politiker, die sehr hohe Ämter bekleiden und vorgeben, gewählte Vertreter des US-Volkes zu sein, haben mit ihrer aktuellen Politik dem Ansehen der USA unglaublichen Schaden zugefügt.
Die anbiedernde Einladung des israelischen Premierministers Netanjahu in den US-Kongress durch die Republikanischen Senatoren und dessen aggressive Rede dort, ohne Absprache mit Präsident Obama sind zweifelsfrei ein politischer Affront gegen die Regierung und den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Bildquelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9e/Barack_Obama_with_Benjamin_Netanyahu_in_the_Oval_Office_5-18-09_2.JPG

Diese politische Vorgehensweise muss ein Alarm sein für die Bevölkerung der USA, sowie der patriotischen US-Politiker gegenüber der politischen Übermacht Israels und seiner Lobbyisten in den USA und der ganzen Welt, die Israel allein für seine Zwecke und Ziele einsetzt.

Das Szenario der Veranstaltung im Kongress ist selbst ein Zeugnis dieser politischen Übermacht und des Missbrauchs dieser Macht durch die israelische Lobby in den USA.
Die Menschen sind aber weder blind noch unwissend und man sollte sie nicht unterschätzen. Die digitalisierte Welt hat Vor- und Nachteile, aber eines ist durch sie gewiss:
Informationen werden wie Lauffeuer verbreitet und erreichen Milliarden Menschen.
Als Ergebnis dieser Politik beobachtet man zurzeit in den digitalen Medien u.a. Aussagen wie: „Israel gewährt mit US-Steuergelder eine kostenlose Gesundheitsversorgung und vier Jahre kostenloses Studium für die Bürger Israels, wogegen die Menschen in den USA weder eine kostenlose Gesundheitsversorgung noch eine kostenlose Ausbildung erhalten!“
Natürlich kann man die Anstrengungen und konsequenten Bemühungen der Israelis nach dem Zweiten Weltkrieg zur Wiedererlangung und zur Erhaltung dieser Macht auf der ganzen Welt nicht unterschätzen bzw. herabwürdigen. Vielmehr muss man hier offen zugeben, dass sie ihre Arbeit mit Intelligenz und bestem politischen Handwerkskunst vollbracht haben.
Sie haben im Gegensatz zu anderen ihre Intelligenz und nicht ihre Sentimentalität eingesetzt. Mit selbstlosem Einsatz und viel Mut und Tatkraft haben sie Schlüsselpositionen eingenommen. Wären ihre aktuellen politischen Ziele nicht die Unterdrückung und Ausbeutung anderer, so hätten sie durch die erreichten Schlüsselpositionen noch weit mehr Gutes und Anerkennenswertes erreichen können.
Eines der Bereiche, in die sie neben Banken, Versicherungen, Pharmazie und Waffen-produktion investiert haben, war die Film- und Nachrichtenindustrie in USA und Europa.
Die Machtübernahme in diesen Schlüsselpositionen, insbesondere in den Medien, hat ihnen u.a. ermöglicht, auf die Meinungsbildung in den betroffenen Ländern Einfluss zu nehmen. So sehr, dass man hier teilweise schon von Gehirn- wäsche sprechen kann.
2007 erschien mein Artikel mit dem Titel „Widerspricht die israelische Politik den Interessen des iranischen Volkes?“ in der weltweit verbreiteten Ausgabe der iranischen Oppositionszeitschrift *Keyhan*. Unter anderem habe ich in diesem Artikel darauf hingewiesen, dass viele jüdische Migranten aus aller Welt den Staat Israel aufgebaut haben. Diese bestehen in erster Linie aus zwei großen Gruppen: den Aschkenasim, jene die aus Russland und Osteuropa stammten, und den Misrachim, jene aus den arabischen Ländern und anderen muslimischen Ländern wie auch dem Iran.
Die ersteren bilden die Mehrzahl der israelischen Bevölkerung in und außerhalb Israels und besitzen die Hauptmacht in Politik und Wirtschaft. Die beiden Gruppen verfolgen unterschiedliche Ziele in der Innen- wie Außenpolitik Israels. Auch dort gibt es Fraktionsinteressen.
Kürzlich strahlte der britische Regierungssender *BBC* in persischer Sprache ein Interview mit Baron David Alliance aus, einem britisch-iranischen Milliardär, in dem der Baron sein Buch vorstellte. In diesem hat er die Politik Israels gegen den Iran kritisiert und hinzugefügt, dass diese Politik Israels auch gegen eine Friedenspolitik im Nahen Osten sei. Ferner

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Herzensgüte ist der Adel des Lebens!

Deutsches Sprichwort

„Der Einfluss der Regierung Israels .....“

Fortsetzung von Seite 3

behauptet Alliance, dass eine Friedenslösung mit den Palästinensern nur mit Hilfe Irans möglich sei. Der in Kashan/Iran geborene jüdische Milliardär und Mitglied des House of Lords in Großbritannien hat in diesem Interview mehrfach erwähnt, dass er sich immer zwei Meter größer fühlt, wenn er Erfolgsnachrichten aus seiner Heimat Iran erhält. Um es kurz zu fassen, das Interview des Achtzigjährigen zeugte von seiner immer währenden Liebe und Zuneigung zu seinem Geburtsland Iran und der iranischen Bevölkerung und seiner Überzeugung, dass „….die Israelis in keinem anderen Land außerhalb Israel derart in Sicherheit und Frieden leben könnten wie im Iran“.

Auf unserer Reise durch Israel im Jahre 2011 erlebten meine Frau und ich ähnliche Einstellungen in Gesprächen mit iranischen Juden, die nun in Israel leben und nur darauf warten, dass die politische Situation in der Islamischen Republik sich derart verändert, dass sie wieder in ihre Heimat Iran zurück-kehren können.

Ich habe dies erwähnt, um aufzuzeigen, dass die von Israel verbreiteten Nachrichten nicht immer die Meinung aller Juden und aller in Israel lebenden Menschen vertritt. Es handelt sich bei den Nachrichten mehr um Regierungsnachrichten als um tatsächliche Berichterstattung.

Nun kommen wir zum eigentlichen Punkt dieses Artikels, welcher ohne die vorherige Erklärung nicht so nachvollziehbar wäre.

Am 27. September hat US Präsident Obama anlässlich des 70jährigen Bestehens der UNO eine Rede vor der UN-Voll versammlung gehalten mit dem Tenor: Niemand darf zulassen, dass eine terroristische Organisation wie der IS sich erlaubt, unschuldige Menschen zu enthaupten. Wie können wir gegenüber solch unmenschlichen Handlungen untätig bleiben und nicht ernsthaft dagegen vorgehen?

Meine Frage lautet anders: Wie kommt es, dass diese Verbrechen unweit der Grenzen Israels stetig geschehen, aber die Regierung Israels nicht nur nichts dagegen unternimmt, sondern vielmehr durch seine Angriffe gegen die Assad-Regierung diese indirekt oder vielleicht sogar direkt unterstützt? Ist die Politik Israels nach dem Motto gestrickt „Wenn Moslems aufeinander einprügeln ist es immer zum Vorteil Israels“?

Und, wie kommt es, daß die IS mit keinem einzigen Wort Israel mit Krieg bedroht, wo doch Israel als der Feind Nummer 1 der Islamischen Welt gilt?

Warum werden statt der Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in den Ländern Libyen, Irak, Afghanistan, Syrien usw. die Menschen dort dazu ermuntert oder gezwungen als Flüchtlinge sich auf den oft tödlichen Weg nach Europa zu machen?

Angesichts der im Jahre 2012 veröffentlichten Dokumente der DIA (US Defense Intelligence Agency), die der britische Enthüllungsjournalist Nafeez Ahmed laut *ntv*-Bericht vom 27. Mai 2015 ausgewertet hat, haben die USA und andere westliche Staaten gemeinsam mit der Türkei, den sunnitischen Golfstaaten und Israel wissentlich radikal-islamistische Gruppen in Syrien unterstützt und auch in Kauf genommen, dass sich diese zu einer großen neuen islamistischen Terrorgruppe zusammenschließen und dass der Syrienkrieg in einen Stellvertreterkrieg der Sunniten und Schiiten münden würde.

Damit liegt der Beweis vor, dass diese Länder selbst den IS zu dem Monster gemacht haben, zu dem er heute herangewachsen ist, und bewusst die Grundlage dafür geschaffen haben, dass der Krieg selbst nach Ende des Assad-Regimes die Region weiter in Aufruhr halten wird.

Edward Snowden hat bereits vor Jahren die Dokumente zum Projekt „Wespennest“ offen gelegt. Man muss zugeben, IS ist ein wahrliches Wespennest - unkontrollierbar und hoch gefährlich. Man kann es nicht eindämmen, man kann dieses nur ausräuchern.

Damit ist auch klar: Die lange Zeit aufrecht erhaltene Behauptung des Pentagons, man habe nur „moderate“ Rebellengruppen im Kampf gegen Assad unterstützt, ist falsch.

Wenn man weiterhin die bisherige Strategie verfolgen sollte, die mehr zur Flucht der einheimischen Bevölkerung geführt hat als zur Befriedung der Krise, wird die Situation in Europa und Deutschland nicht nur anhalten, sondern noch mehr Probleme für die hiesige Bevölkerung und für die Gesellschaft in diesen Ländern zur Folge haben.

Demzufolge ist der einzig richtige Weg die Wiederherstellung des Friedens, der Sicherheit und der Ordnung in all den betroffenen Ländern, in denen durch die US-Intervention vermeintliche Diktatoren im Namen der Demokratie abgesetzt und die Länder und ihre Völker in einen unmenschlichen Krieg und gesellschaftliches Chaos gestürzt wurden.

Vor Jahren habe ich in den USA an einem Auto einen Aufkleber gesehen. Darauf stand “Be nice to USA, otherwise we bring you democracy!”. Damals haben wir darüber gelacht. Heute erkennen wir die bittere Wahrheit dahinter.

Der Friedensnobelpreisträger Obama sagte in Istanbul bei der G20-Konferenz: „… wir haben mit der Türkei gemeinsam *Druck* auf den IS gemacht….“ und die *BBC* kommentierte die G20-Konferenz mit den Worten „… es wird angenommen, dass Obama die Bekämpfung des IS nicht mehr in seiner Amtszeit angehen, sondern dem nächsten Präsidenten überlassen wird…“!

Diese beiden Kommentare zur IS-Krise sind eine Beleidigung und Entmutigung der Menschen in Europa und all den von IS bedrohten Menschen in den von Krieg und Chaos betroffenen Ländern und eine großartige Ermutigung des IS zu ihrem weiteren Treiben im Nahen Osten.

Der aktive Beweis war dann noch die beschämende Begegnung von US Präsident Obama und Premierminister Cameron auf die dringliche Bitte des französischen Präsidenten Hollande für eine Unterstützung im Kampf gegen die IS.

Cameron wollte die Angelegenheit erst einmal an das Parlament weiterleiten und

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!

Julius Caesar

„Der Einfluss der Regierung Israels .....“
Fortsetzung von Seite 4

Obama versprach zwar Solidarität, machte aber keinerlei festen Zusagen.
Eine Schande war es auch, wie die Regierungschefs der EU vor dem türkischen Premierminister auf die Knie fielen und seinem Land eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht stellten – wohl gemerkt, einem Land, das soeben einen russischen Jet abgeschossen hatte, der es gewagt hatte, den Verbündeten der Türkei – den IS – zu bombardieren.
USA und NATO wollten den IS nie wirklich angreifen. Dies wurde schon zu Anfang der Entwicklung des IS deutlich. Saddam wurde in einer Woche völlig überrollt, Ghaddafi in sechs Monaten vernichtend geschlagen und beim IS sprach man von Anfang an von einer bis zu 20 Jahren andauernden Krise! Der stille Beobachter hat damals schon erkannt, dass keiner die Absicht hatte, den IS ernsthaft zu bekämpfen.
Der Abschuss des russischen Jets durch das NATO-Mitglied Türkei ist die Spitze der Lügendiplomatie, die die USA und ihr Verbündeter Türkei in diesem heuchlerischen Spiel betreiben. US-Verbündete fliegen teilweise durch den türkischen Luftraum, um ihre Ziele in Syrien zu erreichen, aber russische Jets werden wegen angeblicher Grenzüberschreitung auf Befehl Erdogans abgeschossen.

Bildquelle: Copyright by World Economic Forum, swiss-image.ch/Photo by Andy Mettler over Wikipedia

Die Türkei sieht wohl ihre Pfründe schwinden, wenn der IS arg in Bedrängnis geraten sollte. Die Türkei verdient Milliarden am rechtswidrigen Verkauf des dem irakischen und syrischem Volk geraubten IS-Öls.
Der IS wurde im Übrigen bis heute nicht sanktioniert, aber im Vergleich: der Iran, von dessen Boden bisher kein einziger Krieg hervorgegangen ist, unterliegt seit über 30 Jahren einem Öl-Embargo und vielerlei Sanktionen und auch gegen Russland wurden in Zusammenhang mit der Ukraine-Krise etliche Sanktionen verhängt.
Und auch die Türkei wurde bisher für ihre IS-Hilfe nicht nur nicht sanktioniert, sondern bekommt noch drei Milliarden in Aussicht gestellt, um wohl der IS noch weiter helfen zu können. Außerdem, hat die Türkei durch ihre Position in dieser Kriese sogar die Möglichkeit bekommen Europa in Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik zu erpressen.

Übrigens, bevor falsche Vorstellungen aufkommen, ich will als anerkannter iranischer Oppositionspolitiker die Politik der Islamischen Republik in keiner Weise beschönigen, aber ich möchte die Tatsachen aufzeigen, die eine Politik nach zweierlei Maß offenlegen.
Also, in Anbetracht der Terroranschläge in Libanon, in Paris mit 130 Toten und dem Abschuss des russischen Ferienfliegers über der Sinai und den Millionen Kriegsflüchtlingen aus Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw. ist nun die Pflicht der europäischen Regierungen, sowie ihrer Verbündeten USA und Israel, mehr als offensichtlich geworden:

Die Wiederherstellung des Friedens in der Region und die Befreiung der Welt aus der IS Krise. All das ist ohne das ernsthafte und gemeinsame vernichtende Vorgehen gegen den IS nicht möglich.

Die Weltbevölkerung wartet nun auf eine schnelle und aggressive Antwort. Wir wollen hoffen, dass die klassischen Krisenprovider wie USA, Saudi Arabien, Israel aber auch die Islamische Republik sich dieser Verantwortung sehr schnell bewusst werden und sich für den gemeinsamen Friedensweg einsetzen. Ansonsten stehen wir kurz vor dem Dritten Weltkrieg, denn China wird diesem Treiben der Weststaaten für die Machtvorherrschaft über das Öl nicht mehr länger tatenlos ansehen.

Bildquelle: Wikipedia von Mil.ru

Zum Abschluss noch ein positiver Hinweis: Vielleicht geht es schneller als erwartet. Die Tatsache, dass die russische Regierung sich zur Stationierung von S400-Raketen in Syrien entschlossen hat, macht Mut. Diese strategische Entscheidung bewirkt sicherlich ein Umdenken bei den Militärs in USA, Israel, Saudi Arabien und der Türkei. Russland kann durch die S400-Abwehrraketen eine Flugverbotszone über Syrien schaffen und mit den bereits gesichteten Bodentruppen und deren Ausweitung den IS so hart treffen, wie es in den letzten vier Jahren nicht der Fall war. Als erstes Beispiel für eine härtere Gangart hat die russische Luftwaffe als Zeichen der Rache für den Abschuss ihres Jets durch die Türkei ein großes Tankerlager des IS zerstört.

Bilderquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Wladimirowitsch_Putin#/media/File:Celebrating_Victory_Day_and_the_70th_anniversary_of_Sevastopol%E2%80%99s_liberation_%282493-19%29.jpg

Dieser Schlag hat die IS und die Türkei sehr hart getroffen.
Die Zukunft wird zeigen, ob diese Strategie Erfolg haben wird oder nicht. Es ist möglich, dass im Erfolgsfall die russische Regierung der Stationierung weiterer S400-Abwehrraketen auch in Irak und in Iran zustimmt. Der IS hat neben Syrien und Irak auch den Iran offen als Ziel genannt. Daher ist es nicht auszuschließen, dass auch die Islamische Republik bei Erfolg diese Hilfe mit offenen Armen annimmt.

Aber - wie oben erwähnt - eines ist sicher: In diesem Kampf um die wichtigste Öl- und Gas-Region der Welt wird China sich nicht lange zurückhalten und als allererster dieser Strategie Rückendeckung geben. Dies hat Peking bereits durch ein gemeinsames Manöver mit der russischen Marine beinahe lautlos angekündigt. *****

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!
Benjamin Franklin

Wilhelm Dietl
Cham

Brauchen wir einen neuen Saddam?

Es ist keineswegs eine Schande, wenn der ganz normale Nachrichten- und Medienkonsument den Überblick verloren hat über diesen fremden, dunklen Orient, wo in der Regel brutale Despoten und blutrünstige Islamisten herrschen. Die einen so schlimm wie die anderen. Oder beinahe.

In dieser riesigen arabischen oder – noch größer – islamischen Welt mag es für uns Aussenstehende noch möglich sein, die schwierige Lage eines Landes oder ganz einfach eine bestimmte Problematik zu erklären. Ich behaupte, dass es die meisten Menschen vor Ort nicht könnten, weil ihnen vor lauter amtlich organisierter Geheimniskrämerei letztlich der Überblick fehlt.

Der sogenannte „Arabische Frühling“ begann 2011. Er hat dafür gesorgt, dass Menschen in zweistelliger Millionenzahl ihre Häuser, Wohnungen, Dörfer und Städte, am Ende auch ihre Länder verlassen mussten. Hunderttausende wurden seither im Zusammenhang mit dieser Fata Morgana namens „Arabischer Frühling“ grausam getötet. Wir reden nicht umsonst von der größten humanitären Katastrophe unserer Zeit. Was unterscheidet die Gräueltaten in der arabisch-islamischen Welt von jenen in anderen Landstrichen?

Erstens, Barbareien wie Srebrenica oder Ruanda waren anders. Weit weg, was unsere Wahrnehmung betrifft, aber auch von der geographischen Zuordnung her. Anonym. Von dort kannten wir keinen, mussten erst erfahren, was dahinter steckte. Wir konnten uns an das tägliche Gemetzel aus jenen Gegenden nicht durch den Dauerkonsum in den Medien gewöhnen. Hier ist alles anders. Es fordert uns stärker. Denn, zu alledem, sehen wir die neuen Opfer dieser zynischen Sinnestäuschung „Arabischer Frühling“ nicht nur auf dem Flachbildschirm. Sie suchen in nie dagewesener Zahl unseren Schutz, Protektion in der „Festung Europa“.

Was steckt dahinter?

Die arabisch-islamische Welt war, sagen wir mal in den letzten hundert Jahren, ein gut durchdachtes System bestehend aus starken Diktatoren, Monarchen, machtbewussten Politikern plus ihren Großfamilien, Clans, Helfershelfern an der Spitze. Zum Servicebereich zählte stets ein teuer aufgerüstetes, gut bezahltes Militär, das seinem Diktator ergeben war. Nicht zu vergessen, ein Dutzend gnadenloser Geheimdienste, die nicht nur das Volk sondern sich genauso nachhaltig gegenseitig kontrollierten. Dieses System funktionierte auf alle Fälle. Es funktionierte auch, weil die Welt im Kalten Krieg aufgeteilt war. Auch in der arabisch-islamischen Welt tendierten die einen zum Osten, zur Sowjetunion, und die anderen zum Westen, zu den USA und England oder Frankreich. Europa gab es damals nur als Planspiel.

Andere Elemente sollten nicht unerwähnt bleiben. Die Schlüssel-Staaten dieser Region sind uns wichtig, weil wir das dort geförderte Öl brauchen (immer noch!). Dieser Hinweis ist wichtig im erwähnten Zusammenhang. Er wird noch ausführlicher zu erklären sein.

Die Köpfe der Opposition jener Staaten zogen es in der Regel vor, nach Paris, London, Köln, Bonn, München umzusiedeln, und dort böse Schriften gegen den heimischen Diktator zu produzieren. Wer das jeweilige Regime direkt und persönlich konfrontierte, wurde meistens in einem der zahlreichen Gefängnisse und Lager zu Tode gefoltert. Darum kümmerten wir uns meistens weniger. Das überließen wir Amnesty International und Human Rights Watch. Es wäre interesssant, zu untersuchen, was aus den zahlreichen Briefvordrucken wurden, die wohlmeinende Bürger an die Schlächter der arabischen Welt schickten. Protest war in den letzten Jahrzehnten Privatsache, weil unsere Regierungen die Unrechtsregime brauchten. Die Formel ging so: Wir tolerierten unsere Schurkenstaaten, der Ostblock die seinen. Gelegentlich kämpften wir bis zum vorletzten Afghanen, Angolaner, Nicaraguaner. Das war dann schon eine Eskalation.

Nun begann also dieser Arabische Frühling. Wenn man in Berlin irgendwann eine ehrliche Analyse vorlegt, und diese nicht sofort als Geheimsache einstuft, dann muss man zum Schluss kommen, dass alles schief gelaufen ist, was schief laufen konnte. Und dass wir überall genügend Öl ins Feuer gegossen haben, bis die apokalyptischen Reiter vom Schlag ISIS nicht mehr aufzuhalten waren.

Da auch dieses Jahrzehnt genügend Gesprächsstoff bietet, fehlt uns die Zeit, noch einmal angemessen auf 9/11 einzugehen, den Terror-Angriff vom September 2001 auf die USA, und auf seine Folgen. Nur soviel: Die Amerikaner haben damals völlig überreagiert und ganze Landstriche an den Rand der Steinzeit bombardiert. Sie haben den Irak zerstört, obwohl dieser mit 9/11 soviel zu tun hatte, wie Sie hier im Saal. Nach 2003 sind dort mindestens 1,5 Millionen Menschen gewaltsam ums Leben gekommen.

Diese Mörderbande namens IS, deren islamische Grundlagen höchst zweifelhaft sind, entstand mit Hilfe einer Pannenserie der amerikanischen Besatzer. Nachdem Bagdad 2003 beinahe kampflos gefallen war, hatten die neuen Herren nichts Besseres zu tun, als rund 400 000 Soldaten des Diktators Saddam Hussein in die Arbeits-

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen! Bertrand Russel

„Brauchen wir einen neuen Saddam.....“
Fortsetzung von Seite 6

losigkeit zu schicken. Diese tauchten ab und organisierten eine schlagkräftige Guerilla gegen die fremden Truppen und gegen die neuen Regierungen des Irak. Bis die Amerikaner Ende 2011 den Großteil ihrer Truppen abzogen, gab es unzählige Anschläge und permanente Unsicherheit. 2012 startete schließlich der offene Siegeszug der schwarzen Racheengel.

Die weitgehend unbekannte Führung von ISIS entstand aus dem Gemeinschaftserlebnis des amerikanischen Internierungslagers Bakka im Südirak. Die US-Truppen brachten dort wahllos hohe Militärs und führende Geheimdienst-Schergen des alten Regimes unter. Dazu Islamisten, die sich schon früh gegen die fremden Heere auflehnten. Aus diesen drei Gruppen entstand eine hochexplosive Mischung, die ihre volle Wirkung nach der Freilassung in eine vermeintlich bessere Welt erreichte.

Richtig: ISIS sind Saddam Husseins frühere Führungs-Leute, die sich jetzt einen streng islamischen Anstrich geben und mit bizarren Aktionen – vom Kopfabschneiden über Lebendigverbrennen von Geiseln bis zur Zerstörung des Weltkulturerbes – einen Publicity-Feldzug starteten. Sie werben für sich mit allen Möglichkeiten der modernen Medien und allen möglichen Werbeträgern. Das zieht Freiwillige aus der ganzen Welt zum Schlachtfeld im Irak und in Syrien. Bislang sollen es 4000 aus Europa sein, weitere geschätzte 20 000 aus allen Bereichen des Islam.

Sie finden eine erstaunliche Infrastruktur vor. Der Islamische Staat versteht sich als Verwaltungseinheit, und so benimmter sich auch. Sämtliche Einrichtungen des Kalifats beziehen Löhne und Gehälter, die Gottes-Krieger Sold. 500 Dollar im Monat. Zusätzlich dürfen sie die Kriegsbeute unter sich aufteilen. Von Anfang an war ISIS – damals noch „Al-Qaida im Irak“, später „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ - mit den neuesten Waffen ausgerüstet, seine Soldaten bestens ausgebildet. Dafür sorgten die reichen, scheinheiligen Gönner vom Golf.

Mit dieser Grundlage gelang es den schwarz kostümierten Fundamentalisten in rascher Folge, 500 Glaubensbrüder aus den Gefängnissen zu befreien und vier irakische Divisionen in die Flucht zu schlagen. Die Regierungstruppen hinterließen große Mengen an Waffen, die ihnen ihre amerikanischen Freunde zum Abschied übergeben hatten. ISIS richtete sich zentral in der ostsyrischen Provinzstadt Rakka ein. Dort lebten bereits 500 000 Menschen, die über Nacht unter die radikalislamische Fuchtel gerieten. Aus Rakka regiert die Truppe in brutalster Weise ein Gebiet von der Größe Englands. Sie hält vier Millionen unfreiwillige Untertanen in Schach. Das wichtigste Herrschaftsinstrument im Umgang mit dem Bürger scheinen die gefürchteten Scharia-Gerichte zu sein.

ISIS ist auch ein Wirtschaftsunternehmen. Der selbsternannte Kalif Abu Bakr al Baghdadi, eine verkrachte Existenz aus Saddams turbulenten Tagen, besetzt mit seinen mobilen Pickup-Kolonnen, über denen die schwarze Fahne weht, nicht nur weite Bereiche der früheren Staaten Irak und Syrien – die Kolonial-Grenze ist nicht mehr existent - , sondern auch eine große Schar von Händlern und Buchhaltern. Das muß man sich so vorstellen:
Die Steuereintreiber: Sie verhandeln nicht. Sie handeln rigoros und nehmen sich zehn Prozent von allem. Einnahme wie Besitz. Und dazu auch noch 2,5 Prozent Almosensteuer. Eine Art Soli. Wer im Reich der ISIS auffällt, weil er sich ein neues Auto oder ein Haus kauft, der schuldet gleich irgendeine Steuer, und wenn sie neu erfunden werden muß. Bei der Mafia würde man von Schutzgeld sprechen.
Besonders gefährdet sind Spediteure. ISIS-Wegelagerer holen rigoros ihre Anteile.

Die Bankräuber: Als ISIS die kurdische Großstadt Mossul eroberte, fielen ihm wichtige Banken in die Hände. In einem dieser Geldinstitute soll ISIS 400 Millionen Dollar erbeutet haben. Seither spricht man von der reichsten Terrororganisation der Weltgeschichte.
Übrigens kontrollieren die ISIS-Bänker inzwischen alle Konten. Jeder, der Geld abheben will, muss sich rechtfertigen – und bekommt maximal zehn Prozent seines Guthabens. Damit er das „Paradies“ nicht fluchtartig verlässt.

Die Immobilienbroker: ISIS hat alle kommunalen Besitztümer übernommen, und dazu auch die Wohnungen und Läden, die von ihren Besitzern aufgegeben wurden. Macht etwa drei Millionen Dollar Mieteinnahmen im Monat.

Die Ölhändler: Im Gebiet der ISIS befinden sich reiche Ölvorkommen. Die Terroristen fördern am Tag 20 000 Barrel Öl. Raffinerien gibt es nicht mehr. Also verkaufen sie das Rohöl in die Türkei. Ein Laster fasst 42 000 Liter. Die ganze Ladung kostet 6000 Dollar – ein Fünftel des Weltmarktpreises. Der Türke genießt und schweigt. ISIS bleiben in diesem Bereich etwa 300 000 Dollar pro Tag.

Die Menschenhändler: ISIS greifft nach Geiseln, wo immer es geht. Mehrere westliche Gefangene wurden bereits hingerichtet, zumeist geköpft, weil die Zahlung von Lösegeldern oder der Austausch mit Gefangenen der Gegenseite nicht schnell genug funktionierte. Trotz allem soll ISIS im Jahr 2014 nicht weniger als 25 Millionen Dollar Lösegelder kassiert haben. Derzeit befinden sich in den Händen der Terroristen noch etwa 20 bis 40 westliche Geiseln. Zu den lokalen Gefangenen der

Fortsetzung weiter auf Seite 8

Daß etwas erwünscht ist, bewirkt noch nicht, daß man daran glaubt!
Marcel Proust (1871-1922)

„Brauchen wir einen neuen Saddam.....“
Fortsetzung von Seite 7

Terroristen gibt es nicht einmal Schätz-Zahlen.

Die Kunsthändler: Wenn die Bärtigen mal nicht mit langen Vorschlag-Hämmern ausrücken, um das Menschheitserbe zwischen Mittelmeer und Euphrat endgültig zu zerschlagen, dann beteiligen sie sich an dem lukrativen Schwarzmarkt, an dessen anderem Ende die reichen Kunstsammler des Westens sitzen. Millionen von Dollar fließen iin die Kriegskasse der ISIS.

Es gibt keine zuverlässige Zahl, was die Zahl der ISIS-Terroristen betrifft. Die CIA geht von 20 000 bis 31 500 aus. Da war auch schon von 50 000 Mann die Rede. Sie benehmen sich wie in einem permanenten Werbefilm für das islamische Leben zur Zeit des Propheten Mohammed.
Das ideale Lebensziel ist Krieg, je blutiger desto besser, nicht enden wollende Gemetzel an Zivilisten, die Vergewaltigung und Versklavung von Frauen und die Schulung ihrer Kinder zu Soldaten.
Ohne in die Tiefe gehen zu müssen: Was immer sie tun, sie rechtfertigen es mit Gottes Befehl, und den lesen aus dem Koran. Beispiel zum Thema Feindberührung: ***„Nicht ihr habt sie getötet, sondern Gott hat sie getötet. Und nicht du hast geworfen, als du geworfen hast, sondern Gott hat geworfen. Und: Er wollte die Gläubigen einer schönen Prüfung unterziehen: Gott hört und weiß alles.“***
So einfach geht das mit der Hilfe des Glaubens. Und ohne Schuldige, die irgendwann zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

ISIS ist eine gute Gelegenheit, die grundsätzlichen Zusammenhänge zu erfassen. Eigentlich ganz simpel. Wir unterstützen die irakische Regierung, damit sie den ISIS-Terror überlebt. Im Prinzip sind das unsere Leute, und deshalb müssen wir sie beschützen. Wir bekämpfen ISIS – derzeit noch mit Nadelstichen aus der Luft. Kobane war eine Ausnahme, und das hat uns sehr viel Geld gekostet. Und das Leben vieler kurdischer Peshmerga-Kämpfer.
Kollateral-Schäden, wenn man es genau nimmt. Allein der Umstand, dass ISIS geschlagen abzog – jetzt wissen wir, dass ISIS militärisch zu schlagen ist – war den Aufwand wert.

ISIS ist unser aller Todfeind, wird aber von unseren geschätzten Freunden in Saudi-Arabien und Katar – das sind die Fußball-Kameraden – materiell unterstützt. Auch den syrischen Despoten Bashar al-Assad mögen wir nicht. Auch ISIS kämpft gegen ihn und will ihn eigentlich stürzen.

Die Iraner mögen wir meistens nur als Handelspartner, weil wir ihre Sturheit , was das Atomprogramm betrifft, schon lange nicht mehr tolerieren können. Das Mullah-Regime unterstützt auch die irakischen Glaubensbrüder, die in Bagdad gerade das Sagen haben, gegen ISIS. Gelegentlich greifen sogar iranische Elitetruppen mitten im Irak die Terror-Bande des anderen Glaubenslagers an. Verkehrte Welt.

Merke: Einige unserer Freunde unterstützen unsere Feinde. Einige unserer prinzipiellen Feinde sind jetzt unsere Freunde. Und einige unserer alten Feinde kämpfen gegen unsere neuen Feinde, denen wir den Untergang wünschen. Prinzipiell wollen wir aber nicht, dass unsere alten Feinde, die unsere neuen Feinde bekämpfen, daraus einen größeren Nutzen ziehen.

Das haben wir schon so oft erleben müssen, dass die Leute, denen wir die Niederlage wünschen, alles verlieren, sie aber dann von anderen ersetzt werden, die wir genauso wenig mögen. Oder noch weniger. Und das alles, weil wir ein Land zerstört haben, wo Terroristen wohnen und Massen-vernichtungswaffen lagern sollten. Beides haben wir uns eingeredet, um diesen massiven Bruch des Völkerrechts irgendwie zu rechtfertigen. Die heutigen Terroristen, von Al Qaida bis ISIS, kamen erst zu einem späteren Zeitpunkt. Bereits sind sie die Stärkeren, im Moment jedenfalls.

Der Nahe und Mittlere Osten ist eine überwiegend menschen-feindliche Gegend, voll mit Rohstoffen. Vermutlich hat Allah seinen Gläubigen diese riesigen Mengen an Öl und Erdgas zum Ausgleich gegeben. Nicht wenige in unseren Breiten halten das schon lange für ungerecht. Aber immerhin kaufen sie seit mehr als 100 Jahren die frei werdenden Boden-schätze, weil sie damit ihre Industrie, und natürlich ihre/unsere Autos betreiben.

Das hat im Laufe der Zeit zu stabilen Partnerschaften geführt. Die Region selbst war immer instabil. Riesige Mengen an Petrodollars haben die Strukturen aber gekittet. Da spielte es meistens keine Rolle, wie böse die regionalen Herrscher waren. Die besonders Skrupellosen und Brutalen hatten ihre Staaten im Griff – und sorgten jahrzehntelang für Ruhe und Ordnung. Oder für das, was sie dafür hielten. Bis dann eben dieser angebliche Arabische Frühling kam. Arabellion. Und dann flog alles in Stücke. Es ist so unbeschreiblich schlimm, dass man glauben könnte, es könnte nicht schlimmer werden. Und das täuschen wir uns wieder einmal.

Lassen Sie uns einen eher subjektiven, da knappen Blick – manche nennen das unbescheiden Überblick – auf die wichtigsten Schauplätze der Region werfen:

Tunesien: Vor vier Jahren begann hier eine Sinnestäuschung namens „Arabischer Frühling“. Ein von der Staatsmacht schikanierter Händler tötete sich selbst – und löste damit einen Volksaufstand aus. Die Herrscherfamilie wurde gestürzt und in ein vergoldetes

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Wer sein Recht nicht wahret, gibt es auf!

Ernst Raupach

„Brauchen wir einen neuen Saddam.....“
Fortsetzung von Seite 8

saudisches Luxusexil vertrieben. Ein bisschen Demokratie, ein bisschen Aufschwung hat es seither gegeben. Vor kurzem wurde auch ein neuer Präsident gewählt, und dazu eine gemäßigte Regierung.

Libyen: Finger hoch, wenn jemand weiß, wer das einstmals reichste Land Afrikas heute regiert. Ich weiß es nämlich nicht. 1969 hat hier der schillernde Oberst Muammar al-Gaddafi die Monarchie gestürzt und eine Art Sozialismus entabliert. Zeitweise war er der gefährlichste Mann der Welt, der größte Terrorist, ein großzügiger Gönner der Araber, später eher für die Afrikaner. Libyen, der Familienbetrieb, wurde von allen Industriestaaten als begehrter Handelspartner umworben. Dann stellte sich Gaddafi, den fast alle Staatschefs gerne empfingen, auch noch in den Dienst Europas, brachte sich als Vorfluter gegen die Asylantenschwemme von südlich der Sahara ein.

Als 2010 seine Feinde, im Sog der tunesischen Unruhen, auf die Straße gingen und die übervollen Waffendepots des Revolutionsführers plünderten, schickte er das Militär. Da die Aufständischen gegen ihn zu schwach waren, griff die Nato massiv ein. Am Ende waren mindestens 50 000 Libyer tot. Gaddafi und einer seiner Söhne wurden vom Pöbel auf offener Straße ermordet, nachdem europäische Kampfflugzeuge seine Autokolonne zerstört hatten.

Seither treiben Hunderte von Milizen, zumeist Islamisten der härtesten Sorte, den nicht mehr existierenden Staat in den finalen Untergang. Failed state nennt man so etwas. Und sie sorgen dafür, dass diese Unmengen von Waffen neue Besitzer finden. Libyen ist das aktuelle Somalia. In den vergangenen Monaten hat ISIS mehrere libysche Kalifate ausgerufen und ägyptische Christen, Gastarbeiter in Libyen, vor laufender Kamera am Strand geköpft. Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy, dessen Wahlkampf mit großer Wahrscheinlichkeit durch Gaddafi-Millionen finanziert wurde, sollte für dieses Musterbeispiel eines grundlos zerstörten Staates in eine Zelle des Weltgerichtshofs in Den Haag umziehen müssen.

Ägypten: Das einstmals stolze „schlagende Herz der arabischen Welt“ trägt schon lange einen Schrittmacher und wird irgendwann seinen Dienst quittieren. Spätestens dann, wenn die rasant wachsende Bevölkerung – bereits 87 Millionen – nicht mehr ernährt werden kann, die gebildete Jugend keine Arbeit mehr findet, weil schließlich nicht jeder zum Militär möchte, und weil die wieder einmal weggesperrten Islamisten mit ewig gestrigen Modellen nur noch die Bildungsfernen locken. Die gute Nachricht: In Ägypten gab es den intensivsten „Arabischen Frühling“. Und, wir wissen wer gewonnen hat. Dieselben, die seit 60 Jahren dran waren – die Militärs.

Der Heiligste aller Araber, Gamal Abdel Nasser, ein General, hatte damals den König gestürzt, die oppositionellen Moslembrüder eingesperrt, und später mehrere Kriege gegen Israel verloren. Sein Nachfolger Anwar Sadat versöhnte sich mit den übermächtigen, jüdischen Nachbarn, wurde der beste Freund des Westens und fing an, den alten Pharaonenstaat zu modernisieren. Deshalb erschossen ihn die Islamisten.
Nachfolger Hosni Mubarak griff wieder hart durch und sammelte wie besessen persönliche Reichtümer.

Das Volk nutzte die Gunst der arabischen Revolte und fegte Mubarak weg. Die politisch ausgehungerten Moslembrüder kamen wundersamerweise an die Macht und drehten die Uhr weit zurück. Das erlaubte es dem Militär, die Notbremse zu ziehen und das ganze Land erneut zu unterwerfen. Auf der Strecke blieben die Frühlingsgefühle und die Idealisten vom Tahrir-Platz. Das erinnert mich an die Bürgerrechtler der ehemaligen DDR. Außer Spesen nichts gewesen.
In Ägypten herrscht heute Grabesruhe.

Israel und **Palästina**: Israel hat Anfang des Jahres gewählt. Es hat sich erstaunlicherweise wieder für Benjamin Netanyahu entschieden. Einen Mann, der kurz zuvor erklärt hatte, dass er keinen Frieden will. Die erneute Regierungszeit Netanyahu wird Israel an den Rand seiner Existenz treiben. Davon haben die Palästinenser aber letzten Endes auch nichts – eher das Gegenteil.

Syrien: Die Syrer sind längst weiter als die Ägypter. Ihr Land ähnelt jeden Tag mehr einem Friedhof. Auch hier heißt die Diagnose der politischen Pathologen „Arabischer Frühling“. Diese unbegreiflich optimistische Umschreibung für die Tat, Jahrtausende gewachsene Strukturen restlos zu vernichten, kann von niemandem logisch erklärt werden.

Was ist passiert?

Syrien stammt, wie der Irak, aus der Konkursmasse des

Fortsetzung weiter auf Seite 10

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

„Brauchen wir einen neuen Saddam.....“
Fortsetzung von Seite 9

Osmanischen Reiches. Vorübergehend waren Kolonialmächte am Werk, und dann versuchten arabische Nationalisten gemischt mit Militärdiktaturen die Menschen nachhaltig zu formen. 1970 putschte sich die Familie Assad an die Macht. Assad senior schuf eine knallharte Diktatur mit schier unbeschränkter Geheimdienst-Willkür, Ostblock-staaten vergleichbar. Während des Kalten Krieges standen die syrischen Machthaber natürlich zur Sowjetunion.

Logisch, dass auch die Syrer gegen ihre Peiniger aufbegehrten. Das geschah eher zaghaft und zuerst gewaltfrei. Das Militär griff so heftig an, als seien die Israelis einmarschiert. Das hatte es in Syrien schon einmal gegeben. Familie Assad gegen die Moslembrüder 1982.
24 000 tote Zivilisten, 6000 gefallene Soldaten. Diesmal verteidigt Sohn und Nachfolger Bashar Assad den Erbhof. In vier Bürgerkriegsjahren haben 230 000 Menschen ihr Leben verloren, sind Millionen in die Nachbarländer und – zunehmend – nach Europa geflüchtet. Ähnlich viele irren entwurzelt im Land umher.

In Syrien mischen alle mit – die vom Westen bewaffneten Nationalisten, die von den bigotten Golfarabern ausgestatteten Islamisten, iranische Elemente, die libanesische Terrormiliz Hisbollah, Teherans langer Arm, und das neueste, das schlimmste Element, ISIS.

Je mehr fremde und bekannte Heere das Land verwüsten, desto sicherer kann sich Assad junior fühlen. Am Ende paktiert sogar der Westen mit ihm, weil der ehemalige Augenarzt gefühlt das kleinere Übel ist. Zynischer geht es kaum mehr. Er wird die Schlacht verlieren, den Krieg aber am Ende möglicherweise gewinnen. Syrien, wie wir es kennen, kann dann aber nicht mehr existieren.

Irak: Er herrschte im selben historischen Zeitraum, nur in Bagdad hieß der Diktator Saddam Hussein. Ein Zivilist mit Hang zum Militär, ein starker Mann, der in bester arabischer Manier jegliche Opposition über Jahrzehnte mit Stumpf und Stil ausrotten ließ. Wiederholte Massaker unter den Schiiten des Südirak und den Kurden aus dem Norden waren für ihn das ideale Herrschaftsinstrument.

Saddam Hussein hasste die benachbarten Iraner, vor allem dann, als 1979 die Mullahs unter Khomeini die Macht übernahmen. Saddam wollte den von ihm lebenslang verehrten Amerikanern etwas Gutes tun. Also zettelte er einen Krieg mit dem Iran an. Den ersten Golfkrieg. Er dauerte zehn Jahre und kostete mehr als eine Million Menschenleben. Viele starben durch Giftgas. Der Westen belieferte beiden Seiten mit Waffen, auch mit den giftigen Chemikalien.

Erst als der irakische Despot in Kuwait einmarschieren ließ, um sich seine Kriegs-Tantiemen zu holen, überschritt er die imaginäre Alarm-Linie des Weißen Hauses. Er wurde von einer internationalen Allianz zurück gedrängt und bestraft. Nachdem islamistische Terroristen 2001 die USA angegriffen hatten, konstruierte die Regierung Bush junior absurderweise einen Kriegsgrund gegen das Saddam-Regime und öffnete die Büchse der Pandora. Am Ende hatten die Amerikaner den Irak für die Iraner erobert. Die Kurden spalteten sich ab und gründeten eine erste Probe-Version ihres unabhängigen Staates.

2012 hat die Offensive der ISIS begonnen. Wahllos ermorden die Fanatiker mit der Ideologie des Islam aus der Zeit Mohammeds Christen, Jeziden, Kurden, Schiiten, Sunniten. Wie auch immer. Wieder geht es um Territorium und um die richtige Glaubensrichtung. Die Amerikaner haben nach 4 900 toten Soldaten und einem Vielfachen an Verletzten das Zweistromland als erste Verlierer verlassen. Nur ganz zögerlich beteiligen sie sich am Widerstand gegen die grausamen Wüstenkrieger.

Afghanistan: Die Doublette. 3500 ausländische Soldaten starben seit 2001 am Hindukusch. Sie haben es nicht geschafft, ihre Demokratie und ihre Werte zu etablieren. Das überrascht keinen, der das Land, seine Geschichte und den Islam kennt. Die Bundeswehr kehrt mit den ersten Kriegserfahrungen ihrer Geschichte zurück – und mit einer Niederlage. 13 Jahre Afghanistan hat intern viel verändert. Eine andere Bundeswehr ist entstanden. Eine global einsetzbare, und dann doch nur bedingt einsatzbereite Kriseninterventionsstreitkraft.

Der angesehene Militärhistoriker Erwin Starke hat dies auf einen knappen Nenner gebracht: „Das militärische Denken ist zu 95 Prozent auf Afghanistan bezogen, der Rest ist Oderhochwasser.“ Der ehemalige Generalinspekteur Harald Kujat beklagt, das die traditionelle Priorität Landes- und Bündnisverteidigung der globalen Ausrichtung untergeordnet wird. Das sollte man wirklich nicht tabuisieren. Es muß darüber gesprochen werden. Betrachten Sie dies als Fußnote und als Anregung.

Die Abenteuer im Irak und in Afghanistan haben die westliche Gemeinschaft eine Summe gekostet, die jenseits des Vorstellbaren liegt. Eine Eins und weitere zwölf Stellen

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Die meisten Menschen wenden mehr Zeit und Kraft daran, um die Probleme herumzureden, als sie anzupacken! Henry Ford

„Brauchen wir einen neuen Saddam.....“
Fortsetzung von Seite 10

dahinter. Auch in Afghanistan außer Spesen wenig gewesen. Nur Leid und Tod, sinnlose Zerstörung und Machtspiele um ihrer selbst willen.

Sollte unsere Freiheit wirklich am Hindukusch verteidigt werden, wie es einst Peter Struck formulierte, dann haben wir bereits verloren. Jetzt kostet erst einmal der Wiederaufbau des geschundenen Landes die Milliarden einer Geberkonferenz. Dasselbe übrigens im Gaza-Streifen, genauso regelmäßig. Immerhin, wir renovieren, was wir kaputt machen. Das haben die Afghanen bei den Engländern und bei den Sowjets, unseren Vorgängern, nicht erlebt. Es wird sie aber nur ein bisschen trösten.

Erste Informationen liegen vor, dass sich die Taliban in Afghanistan und im benachbarten Pakistan neu erfinden. Wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, dann werden sie möglicherweise ISIS heißen. Das beweist, dass es immer schlimmer kommen kann, je mehr wir das Gegenteil zu erreichen versuchen.

Terrorismus: Das Londoner „Institute for Economics and Peace” gibt den Global Terrorism Index heraus. In der neuesten Ausgabe steht geschrieben, dass 2013 weltweit 10 000 Terroranschläge passierten. Das bedeutet 44 Prozent mehr als 2012. In absoluten Zahlen sind 18 000 Menschen durch die Hand von Terroristen ums Leben gekommen.
61 Prozent mehr als 2012. Mehr als 80 Prozent der Taten geschahen im Irak, in Afghanistan, in Pakistan, in Nigeria und Syrien. In dieser Reihenfolge. Allein ein Drittel aller Terror-Toten wurden im Irak gezählt. Das ist der Fluch der bösen Tat von 2003. Es wäre ein logischer Grund, George W. Bush ebenfalls in Den Haag unterzubringen. Neben Sarkozy. Die Welt wird nur sicherer, wenn die Kriegstreiber ihre Macht verlieren. Hätten wir jetzt noch mehr Zeit, würde ich auch gerne über Putin sprechen.

Ich sollte auch die Anfangsfrage aus dem Motto des Vortrags noch beantworten: **Brauchen wir einen neuen Saddam?**

JA. In der Region, über die wir heute sprechen, wird es auf Dauer nicht anders funktionieren. Die Diktatoren der letzten Jahrzehnte haben auch Stabilität gebracht, sogar im regionalen Innen-Verhältnis zum Todfeind Israel. Zwischen ihnen und uns die normative Kraft des Faktischen etabliert. Also eine Art Normalzustand. Das kann es mit ISIS und ähnlichen Elementen nie geben, weil sich diese Islamisten eine Welt ohne uns vorgenommen haben. *****

Karl-Heinz Nagel
Gstadt

Kommet her zu uns alle …..

„Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken“, Bibel-Spruch Matth. 11, Vers. 28.

Bildquelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/af/Migrants_in_Hungary_2015_Aug_007.jpg

So lehrt uns die Bibel auch den Umgang mit den Flüchtlingen. Unsere Bundeskanzlerin, Frau Merkel als Pfarrerstochter, handelte in ihrer umstrittenen Aussage über den Flüchtlingszustrom also im biblischen Sinne. Was war daran also falsch?

Falsch war, daß unsere Politik national wie europäisch die Anzeichen der Katastrophe nicht erkannt und rechtzeitig reagiert hat.
Erst nachdem in den Medien die Begriffe Migration, Flüchtlingsansturm, Flüchtlingselend, Flüchtlings- unterkünfte, Schleuser und vieles mehr täglich präsent waren, wachten unsere Politiker auf.
Aber warum erst jetzt, ca. 5 Jahre, nachdem die Ursachen bekannt und die Folgen vorhersehbar waren, suchte man in der Parteienlandschaft, in der bekannten Zerstrittenheit, nach Wegen, um den Problemen Herr zu werden.

Sucht man nach den Ursachen, so begann in unserem Jahrhundert nach den Anschlägen in New York im Jahr 2001 die Afghanistankrise. Unter der Führung der USA hackten die Verbündeten – auch wir Deutschen waren beteiligt – das Land kaputt. Es sollte von den bösen Taliban befreit werden. Die Amerikaner haben sich danach zurück-gezogen, denn der Friedensnobelpreisträger Obama hatte Osama bin Laden liquidiert. Nun herrscht die Sintflut in diesem Land.

Zweiter Streich: Der böse Saddam Hussein, der mit seinen Haßtiraden auf Israel eindrischt und angeblich über Massenvernichtungswaffen verfügt, wird im Zeichen der Freundschaft zu Israel und durch die Fehlinformationen des israelischen Geheimdienstes ausradiert, das Land kaputt gemacht und schließlich im Chaos von den USA zurückgelassen.

Dank unserem damaligen Bundeskanzler Schröder,
Fortsetzung weiter auf Seite 12

Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!
August von Kotzebue

„Kommet her zu uns alle.....“
Fortsetzung von Seite 11

daß er der Verlockung bzw. dem Druck der USA standgehalten hat und die BRD aus diesem unsinnigen Schlamassel herausgehalten hat.

Dritter Streich: Libyen, das mit Gaddafi ein wohlhabendes und geordnetes Land war, das aufgrund der Zusage Gaddafis keine Schlepperboote von seiner Küste in Richtung Europa ziehen ließ, wurde ebenfalls wieder als Geschenk an Israel zerschlagen und mit zerstrittenen Regionalscheichs seinem nun unklaren und fast irreparablen Schicksal überlassen. Schließlich war wiederum ein potentieller Feind des seit 1948 existierenden und völkerrechtswidrig gegründeten Unrechtsstaates Israel liquidiert.

Der vierte Streich schmort seit langem im Mittleren Osten. Es ist die Situation des Iran. Hetzt nicht schon seit Jahren Israel gegen den Iran. Mit allen Mitteln will die Atommacht Israel den Iran an der friedlichen Nutzung der Atomenergie hindern. Lügenmärchen werden den USA aufgetischt und der Oberhetzer Netanjahu läßt keine Gelegenheit aus, gegen den Iran zu intrigieren.

Selbst das Abkommen des Iran mit der Völkergemeinschaft, auf Atomwaffen zu verzichten, wird von den Republikanern, die für Israelamouren bekannt sind, untergraben und man muß fürchten, daß die USA spätestens dann, wenn die Republikaner wieder den Einzug in das Weiße Haus schaffen, den Fehler begehen, den Juden zuliebe den Staat Iran in ein Chaos zu stürzen.

Also darf man behaupten, daß der Staat Israel – alle UN-Beschlüsse mißachtend (es waren mehr als 50 an der Zahl) – der eigentliche Urheber der heutigen Misere ist und die Flüchtlingsströme aus der betroffenen Region letztlich die Folgen der israelischen Politik seit der Gründung dieses Staates sind.
Welche Beweggründe veranlassen die Menschen nun, aus ihren Heimatländern zu fliehen?

Primär vermute ich, dass viele, die weniger Bindungen zu ihrem Land haben (kein Grund- und Immobilienbesitz, keine Zukunftsperspektiven sehen, ohne persönliche Bindungen sind) sich für eine Flucht entscheiden. Es könnten aber auch zurückliegende Straftaten sein, welche noch nicht entdeckt sind o.ä. Die genannten Gründe galten doch auch für die Auswanderer aus Europa in die USA im 19./20. Jahrhundert.
Ein weiterer Grund ist die Hoffnung auf ein wirtschaftlich besseres und sicheres Leben im gelobten Land Europa, speziell Deutschland, Österreich und Skandinavien. Weiters könnten die direkte Bedrohung für Leib und Leben, jedoch im geringeren Anteil als die beiden zuerst genannten, Gründe für eine Flucht sein.

Ausschlaggebend für die horrende Zunahme des Flüchtlingsstromes sind die Parolen von der Willkommenskultur in den Wunschländern, den oft zu erwartenden finanziellen Hilfen, die Behandlung von Krankheiten und Gebrechen in unserer wohlsortierten Gesundheitswelt und ihren Einrichtungen. Schließlich auch die Chance, eine gute Ausbildung in Betrieben und Universitäten zu erhalten.

All diese Menschen fehlen in der Zukunft ihren Ländern für den Wiederaufbau und die Schaffung neuer Strukturen. Darum können wir sie nicht mit gutem Gewissen dauerhaft bei uns aufnehmen sondern nur für eine beschränkte Zeit und schicken sie zurück, wenn die Fluchtgründe im Heimatland beseitigt sind.

Wer aber beseitigt die Fluchtgründe?
Nationen, die in die innere Ordnung oder Unordnung des betroffenen Landes eingegriffen haben bzw. eingreifen, dürfen das Land nur dann wieder sich selbst überlassen, wenn die Ursachen des Eingriffs beseitigt sind und im Land Frieden und Ordnung wieder hergestellt sind und die UNO das Mandat für die Region übernommen hat und ggf. mit einer UNO-Truppe für Ordnung gesorgt wird. Grundsätzlich sollten Eingriffe nur durch die UNO erfolgen. Angemessen ausgerüstete Schutz- und ggf. Kampftruppen sollten ständig bereitstehen, wenn Unruhen drohen oder ausgebrochen sind.

Wie hätte man das Flüchtlingsproblem im Keime in den Griff bekommen und vor allem den Schleuserbanden das Handwerk legen können bzw. dafür zu sorgen, daß es erst gar nicht aufkommt?
In der Grenznähe der Unruhegebiete hätten rechtzeitig gut ausgestattete Flüchtlingslager errichtet und eine umfassende Hilfe der Industriestaaten zugesichert werden müssen.
Betreuer, Ärzte und alles Notwendige hätte man vor Ort bereitstellen müssen und ggf. EU-Beamte mit dem Auftrag in die Grenzzonen zu entsenden, um vor Ort zu prüfen, welche der Flüchtlinge einen echten Grund zur Flucht haben und vor allem unbegleitete Minderjährige an der Weiterreise zu hindern.

Dadurch würde man den Schleusern das Handwerk gelegt haben und die vielen Toten auf den Fluchtwegen wären nicht zu beklagen sowie das Gerangel einzelner Durchgangsländer um die Flüchtlingsströme wäre ausgeblieben.
Schließlich hätten die Flüchtlinge in der Nähe ihres Heimatlandes wieder unkomplizierter in ihre dann befriedete Heimat zurückkehren können, wo sie schließlich zum Wiederaufbau dringend gebraucht werden. *****

Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl! Karl Julius Weber

Sasan Harun-Mahdavi
München

Der sechste Münchner PhoenixPreis - Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen

Auch in diesem Jahr wurde der Münchner PhoenixPreis an fünf Unternehmer aus der Landeshauptstadt für deren besondere Verdienste als Migrantenunternehmen in unserer Stadt vergeben.

Unter der Leitung von Bürgermeister Josef Schmid wurden die geladenen Gäste am Dienstag den 1. Dezember 2015 im gut gefüllten großen Rathaussaal der Stadt München Zeugen der Preisverleihung an vier Unternehmer und einer Unternehmerin.

Einer der großen Münchner Stadtzeitungen titelte:

Bürgermeister Ehrt Migranten - Flüchtling wird Unternehmer

Damit war unser Club-Mitglied Frau Saina Bayatpour gemeint, die als Gründerin des Unternehmens Sainin Group eine erfolgreiche Karriere hingelegt hat. Als einzige Preisträgerin des Abends verwies sie auf die Möglichkeiten in diesem Land auch als Flüchtling hier durch Engagement und viel Stehvermögen bei der Bewältigung allerlei Hindernissen doch ein Unternehmen zu gründen und von unserer Heimatstadt aus sogar international führen zu können.

Der Verein Leben und Leben Lassen e.V. sowie der BUSTAN-Club gratulieren Frau Bayatpour, sowie alle anderen Gewinner des PhoenixPreises 2015, für ihren vorbildlichen Erfolg und wünschen weiterhin ein gutes Gelingen.*****

Peter Orzechowski
München

Der Dritte Weltkrieg – Schlachtfeld Europa

Noch vor wenigen Monaten haben mich viele für verrückt erklärt: Krieg in der Ukraine ja, aber Krieg in Europa oder sogar in Deutschland - das war so weit weg wie der Neoliberalismus vom Sozialstaat. Aber nun haben es sogar die Schönbeter kapiert:
Der militärisch-industrielle Komplex des Westens will unbedingt Putin stürzen und sich Russland einverleiben.

Bildquelle:
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b8/Heilbronn_1945_US_Army_retouched-2.jpg

Jeder zweite Deutsche hat Angst davor, dass der Ukraine-Konflikt sich in einen größeren Krieg ausweiten könnte: zwischen Russland und den Nato-Staaten.
Nach einer Emnid-Umfrage im Auftrag der *Bild am Sonntag* vom 8. Februar glaubt fast die Hälfte der Bundesbürger, *„dass der Konflikt zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Nato führen wird“*, so die Zeitung. Aus derselben Umfrage geht hervor, dass 81 Prozent Waffenlieferungen der Nato an die Ukraine ablehnen.

Fortsetzung weiter auf Seite 14

Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!
Harold Macmillan, brit. Premierminister

„Der Dritte Weltkrieg .....“
Fortsetzung von Seite 13

Der Krieg in Deutschland

Wer jetzt glaubt, Deutschland sei bei einem militärischen Schlagabtausch dennoch nicht betroffen, dem rate ich, sich einmal genau durchzulesen, was Sergei Arutonov, Chefredakteur der russischen Wochenzeitung *Novy Den,* in einem Interview gesagt hat.

„Wir könnten bald einen heißen Krieg sehen, wenn eine große Anzahl an US-Soldaten und Waffen in der Ukraine sich befinden. Wenn die US-Soldaten auf Russen schießen oder Russen durch amerikanische Waffen getötet werden, was bedeutet das? Es könnte die Ausweitung der Operationen bis zu einem richtigen Krieg zwischen Russland und Amerika bedeuten.“

Ob es sich um reguläre US-Soldaten handele, verdeckte US-Sondereinheiten oder um angeheuerte „Blackwater“-Söldner spiele dabei keine Rolle. Jeder Kämpfer, der nicht Ukrainer ist, werde als Mitglied der „Nato-Fremdenlegion“ angesehen, wie Präsident Putin vor wenigen Tagen sagte. Strategisch gesehen, sei jede Einmischung durch die Vereinigten Staaten vor der Haustür Russlands ein Kriegsakt, so der erfahrene Kriegsberichterstatter. Die Streitkräfte Russlands stünden voll mobilisiert an der Grenze.

Und dann wird Arutonov deutlich: *„Wenn die Amerikaner nicht schleunigst aus der Ukraine verschwinden und ihre militärische Unterstützung des Fascho-Regimes nicht sofort aufgeben, dann steht die Welt vor einem großen Krieg, einem mit Atomwaffen!“*

Was mich an dem Interview am meisten verblüffte, war, dass der russische Publizist exakt bestätigte, wovor ich in meinem Buch „Der Dritte Weltkrieg – Schlachtfeld Europa“ (Kopp Verlag) warne. Arutonov sagte weiter: *„Was die Deutschen nicht realisieren: ihr Land ist primäres Ziel bei einem Krieg mit Russland. „Alleine wegen der vielen amerikanischen Hauptquartiere, Spionagezentren, Militärbasen, Flugplätze und auch Lager für Atomwaffen, die sich auf deutschen Territorium befinden. Die werden als erste getroffen wenn es los geht.“*

Die russische Strategie

Oberbefehlshaber Putin weiß, dass im Kriegsfall die Angriffswellen der Nato auf russische Einrichtungen kommen werden. Aber er weiß auch, dass die Nato Zeit braucht, um diese Militärschläge vorzubereiten. Die einzige Chance der russischen Armee besteht in der Schnelligkeit. Wenn die in Ost- und Mitteleuropa stationierten Nato-Einrichtungen in einer Blitzaktion angegriffen und zerstört werden, dann hat Russland eine militärische Überlebenschance. Denn aufgrund der militärischen Kapazitäten der USA ist anzunehmen, dass Russland unterlegen wäre, je mehr die Nachschub-Maschinerie der Nato ins Rollen kommt.

Die russischen Streitkräfte müssten – ähnlich dem Blitzkrieg-Konzept der Deutschen Wehrmacht oder dem amerikanischen Panzervorstoß nach Bagdad im Irak-Krieg von 2003 – versuchen, ihre Kriegsziele schnell zu erreichen. Das vorrangige strategische Ziel dürfte sein, die militärischen Einrichtungen und die Infrastruktur der Gegner zu zerstören.

Die Warnung des deutschen Generals

In einem solchen Fall könnte es rasch zum Einsatz von Atomwaffen kommen. Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt sieht die atomare Bedrohung aus strategischer Sicht. In einem Leitartikel für die Verbandszeitschrift *Treue Kameraden* (Ausgabe 3/2014) schreibt er:

Stießen irgendwo Weltmächte aufeinander, würde man *„sehr rasch zur höchsten Stufe jeder denkbaren Eskalation gelangen, an deren Ende der Einsatz strategischer Kernwaffen stünde – selbst auf das Risiko eines Gegenschlages hin… Ein Kernwaffeneinsatz kann bereits drohen, wenn sich für eine Seite eine totale Verwundbarkeit ergibt, die keinerlei strategische Initiative oder angemessene Reaktionen mehr erlaubt.“*

Reinhardt schlussfolgert*: „Legt man die skizzierten strategischen Grundsätze auf die gegenwärtigen Spannungen in Osteuropa an, lassen sich die Gefahren für Zentraleuropa einigermaßen beurteilen“*: Da Westeuropa nicht über das Militärpotential verfüge, um östliche Nato-Staaten zu schützen, würde der Krieg *„unverzüglich nach Mitteleuropa“* getragen. Da auch die USA in Mitteleuropa über nicht genügend Kräfte verfügten, um die kontinentalen Ostgrenzen des Bündnisses dauerhaft zu sichern oder okkupierte Gebiete rasch zurückzugewinnen, müsste *„ein Krieg vom Westen unverzüglich auf andere Schauplätze und in die Tiefe Russlands ausgeweitet werden… Die dafür notwendigen Mittel… bedeuten Weltkrieg, mit allen unabsehbaren Tendenzen und Folgen. Andere Welt- oder Großmächte würden eingreifen, weil ihnen der Ausgang nicht gleichgültig sein könnte.“*

Kommen wir noch einmal zurück auf das Interview mit dem russischen Chefredakteur. Auf die Frage: „Was tun die Menschen im Westen gegen einen drohenden Krieg?“ antwortet Arutonov: *„Mir kommt es vor, wie wenn die Menschen in Europa und USA entweder gleichgültig zuschauen oder sich sogar darauf freuen, wie die Apokalypse aufzieht. Für viele ist es eher ein Schauspiel, das im Fernsehen abläuft und nicht echt ist. Erst wenn die Realität sie aufschreckt, ein Atompilz über ihre Stadt aufsteigt, ihre Häuser wegfliegen, es Hunderttausende Tote gibt, werden sie die Frage stellen: ‚Wie konnte das nur passieren?‘ Dann ist es aber zu spät.“******

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!
Sir David Eccles

Manfred und Ute Schmidt
Baldham

Das Dutzend ist voll – Stiftungsjubiläum bei "Kulinarischer Doppelzweck-Aktion"

Baldham – Bereits zum zwölften Male konnte die Manfred-und-Ute-Schmidt-Sozialstiftung bedürftige Vaterstettener Bürger mit hochwertigen ökologischen Lebensmitteln aus überwiegend heimischer Produktion erfreuen. Wie Stiftungs-Vorsitzender und langjähriger Gemeinderat Manfred Schmidt jetzt vor der Presse betonte, will seine Stiftung mit diesen kulinarischen Doppelzweck-Aktionen zum einen einkommensschwachen Mitbürgern zweimal jährlich Geschenkpackungen mit Köstlichkeiten aus heimischer Produktion versorgen und dabei zum anderen gleichzeitig die regionalen bäuerlichen Familienbetriebe zumindest symbolisch unterstützen. Verbunden wird mit diesen Aktionen auch die Hoffnung auf möglichst viele gesellschaftliche und auch private Nachahmer.

Die Stifter-Eheleute Ute und Manfred Schmidt verwirklichen mit dieser kombinierten Agrar- und Sozialpolitik im örtlichen Bereich auch ihre eigenen Vorstellungen als bescheidenen Gegenpol zur agrar-industriellen Massenproduktion mit all ihren unerfreulichen Begleitumständen, wie übermäßigem Spritzmittel- und Medikamenteneinsatz, weitgehend nicht artgerechter Tierhaltung etc.

Franz Pfluger als langjähriger Vorsitzender der Nachbarschaftshilfe ließ bei der kleinen Feierstunde in den Räumen der "Tafel" hoch erfreut die bisherigen Stiftungsaktionen noch einmal Revue passieren, wobei auch die Bereitstellung von inzwischen mehr als 3.000 Liter Milch aus dem Hof des Hergoldinger Milchbauern Walter Unkelbach für die längerfristige Versorgung der Tafel-Berechtigten nicht vergessen wurde.

Für die Sparda-Bank München als Haupt-Sponsor der Stiftung bezeichnete der eigens aus Treuchtlingen angereiste Versammlungspräsident der Sparda-Vertreterversammlung Günter Grzega solche Stiftungen als "Leuchttürme der Gesellschaft", die allerdings mit ihren unersetzlichen Funktionen trotzdem keineswegs den Staat von seiner sozialpolitischen Verpflichtung entbinden können.

Als ausgesprochen erfreulich und fruchtbar wurde auch die inzwischen schon länger andauernde Zusammenarbeit mit der "Tagwerk-Ökokiste Riem" herausgestellt, die erneut die 30 Geschenk-Taschen fachkundig und liebevoll zusammen gestellt hat. *****

Das Foto zeigt von links: Ute Schmidt, Günter Grzega, Franz Pfluger, Nicole Göhring (Öko-Kiste), Manfred Schmidt

Der Mensch hat dreierlei Wege klug zu handeln: durch Nachdenken ist der edelste, durch Nachahmen der einfachste, durch Erfahrung der bitterste! Konfuzius (551 - 479 v. Chr.)

Christine Wicht
München

Wasser ist ein Menschenrecht

Bildquelle:
„2006-02-13 Drop-impact“ von Roger McLassus - Picture taken and uploaded by Roger McLassus.. Lizenziert unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2006-02-13_Drop-impact.jpg#/media/File:2006-02-13_Drop-impact.jpg

Die Vereinten Nationen haben am 28. Juli 2010 mit der Resolution 64/292 [PDF – 551 KB] den „*Anspruch auf reines Wasser*“ in die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* aufgenommen. Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* oder auch *UN-Menschenrechtscharta*, enthält grundlegende Ansichten über die Rechte, die jedem Menschen zustehen, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen oder Geburt. Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen ist allerdings keine verbindliche Rechtsquelle des Völkerrechts, Resolutionen der Vollversammlung haben lediglich einen empfehlenden Charakter. Zu ihrer Umsetzung braucht es einen verbindlichen Rechtsrahmen. An der Umsetzung des Rechts auf Wasser haben Konzerne, die den Wassermarkt beherrschen und kontrollieren möchten, kein Interesse. Trans- nationale Konzerne haben Wasser als Ware entdeckt haben und versuchen, es gewinnbringend zu verkaufen. Wasserprivatisierung ist ein lukrativer Markt, denn je knapper die elementarste Ressource der Menschheit wird, umso größer sind die Gewinne derjenigen, die in Zukunft über das „blaue Gold“ verfügen.

Nur etwa 3 % der globalen Wassermenge bestehen aus Süßwasser. Drei Viertel davon sind zudem in Gletschern und im Polareis gespeichert. Durch das Abschmelzen der Polkappen steigt der Meeresspiegel mit katastrophalen Auswirkungen auf das soziale und ökologische Gleichgewicht. Nahezu 900 Millionen Menschen auf der Welt haben keinen Zugang zur Trinkwasserversorgung und 2,5 Milliarden Menschen haben keine angemessene Sanitärversorgung. Jedes Jahr sterben etwa zwei Millionen Menschen an den Folgen unsauberen Wassers, die meisten von ihnen sind Kinder. Der Mensch benötigt drei bis vier Liter Trinkwasser, rein biologisch gesehen, täglich zum Überleben. Die Weltgesundheitsorganisation geht von einem Bedarf von 20 Litern pro Tag für Trinkwasser, Hygiene, Waschen und Kochen aus. Wasser ist ein Grundbedürfnis und eine Voraussetzung für menschliche Entwicklung. Wasser ist unser elementarstes Lebensmittel, ohne Wasser ist kein Leben möglich.

In Deutschland ist die Trinkwasserversorgung überwiegend durch die Daseinsvorsorge geregelt. Diese orientiert sich an dem Grundgedanken, Leistungen in gleichbleibend hoher Qualität, flächendeckend und zuverlässig allen Bürgern sozial gerecht zur Verfügung zu stellen, ohne Gewinninteressen zu verfolgen. Aufgrund der industriefreundlichen Steuerpolitik brechen Städten und Gemeinden die Steuereinnahmen weg, infolge dessen fehlt für die Finanzierung der Daseinsvorsorge das Geld. Obendrein wird die Schuldenbremse dazu führen, dass Gemeinden und Kommunen, in Kombination mit der desaströsen Steuerpolitik, ihren Auftrag der Erfüllung der Daseinsvorsorge nicht mehr nach- kommen können. Dann wird das „Tafelsilber“ an transnationale Konzerne verkauft, die bereits mit scharrenden Hufen vor den Toren stehen und auf diesen Augenblick warten. Für global agierende Konzerne ist der Dienstleistungssektor in Deutschland ein äußerst lukratives Geschäftsfeld, da die öffentliche Hand mit den Geldern der Bürger, die Infrastruktur mit aufwendigen Investitionen aufgebaut und instand-gehal-

Fortsetzung weiter auf Seite 17

Solange man dem anderen sein Anderssein nicht verzeihen kann, ist man weitab vom Wege der Weisheit.. Sprichwort aus China

„Wasser ist ein Menschenrecht.....“
Fortsetzung von Seite 16

ten hat. Somit können Konzerne zunächst kräftig Gewinne abschöpfen und nur die nötigsten Erhaltungsinvestitionen tätigen. Das Geschäft mit dem Wasser ist für Investoren besonders attraktiv, weil jeder Bürger von sauberem Trinkwasser abhängig ist und der Anbieter von einer weitgehend stabilen Nachfrage nach demn elementaren Gut ausgehen kann. Seit das Wasser in den Fokus der Weltwirtschaft gerückt ist, werden Investoren nicht müde, Strategien zu entwickeln, um kommunale Betriebe über Medienkampagnen und Lobbyismus sturmreif zu schießen.

Seit Jahren propagiert die EU-Kommission PPP-Modelle (private-öffentliche Partnerschaften) als unverzichtbare und innovative Finanzierungslösungen. Doch das „Tafelsilber“ wird oft unter Wert an transnationale Konzerne verkauft, nur um schnell Geld in die klammen öffentlichen Kassen zu spülen. PPP entpuppt sich oft als desaströse Form des Ausverkaufs von öffentlichem Eigentum, da Betreiber üblicherweise die Gewinne einstreichen, während Verluste und Risiken auf die Bürger abgewälzt werden. Oft unterbleiben Investitionen in die Infrastruktur jahrelang und nach einem Rückkauf muss der Staat mit Steuergeldern Investitionen nachholen. Das Beispiel der Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke zeigte sehr anschaulich, wie dieses PPP-Modell nur den privaten „Partnern“ nutzte, indem sie sich eine stattliche Rendite garantierten, welche die Bürger zahlen mussten. Nach heftigen Protesten kaufte die Stadt Berlin Anteile der Wasserbetriebe wieder zurück. Das war eine teure Lösung für die Bürger, aber ein gutes Geschäft für die privaten Betreiber. Auf dem internationalen Wassermarkt tummeln sich viele Profiteure. Eine Handvoll Konzerne versucht mit Unterstützung von Weltbank, Internationalem Währungsfond (IWF), Welthandeltsorganisation (WTO) und EU-Kommission die Kontrolle über die öffentliche Wasserversorgung weltweit an sich zur reißen. Hinter verschlossenen Türen werden Bestimmungen ausgearbeitet, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen und denen sich die Bürger dann nicht mehr entziehen können. Auch die vom Weltwasserrat (Word Water Council, WWC) seit 1997 alle drei Jahre veranstalteten Weltwasser(lobby)foren, sind in diesem Zusammenhang wichtige Plattformen, die dem Ausbau der weltweiten Kontrolle des Wassermarktes durch Investoren dienen. Wer die Kontrolle über das Wasser hat, verfügt über Macht. Die vorherrschende Politik der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung ist zurückzuführen auf den Washington Consensus (1990), der eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur weltweiten Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum beinhaltet, in welchem Wirtschaftsprozesse liberalisiert und die Wirtschaftstätigkeit weitgehend privatisiert werden sollten. Dadurch, so der wirtschaftsliberale Gedanke, werde die Grundlage dafür geschaffen, Ressourcen besser zu alloziieren und effizienter zu verwenden. Der IWF fungiert als Kreditgeber für die Zentralbanken, die Weltbank übernimmt diese Funktion für Privatbanken. Darüber hinaus ist ein internationales Netzwerk regionaler Entwicklungsbanken mit IWF, Weltbank und WTO verbunden. IWF und Weltbank sind die Hauptgeldgeber der Finanzierung von Investitionen in Wasserversorgungssysteme weltweit. Mit der Durchsetzung der Prinzipien des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der Wettbewerbsorientierung, vor allem aber auch der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben, unter dem Vorwand der Schuldenreduzierung mit Hilfe der Strukturanpassungsprogramme in der Dritten Welt, hat der IWF den Konzernen der reichen Mitgliedsländer Zugang zu neuen Märkten und wirtschaftlicher Macht verschafft. Diese Politik wirkte sich in den meisten Fällen fatal auf die Lebensbedingungen der Betroffenen, gerade in Bezug auf den freien Zugang zum Wasser, aus.

Dieses Szenario wird auch den Bürgern der Europäischen Union bevorstehen, sollte das TTIP-Freihandelsabkommen mit den USA zustande kommen. Die Vergabetechnik öffentlicher Aufträge, auch im Bereich des Wassers, steht beim TTIP im Fokus der EU-Kommission, flankiert vom Liberalisierungsbestreben des Dienstleistungsmarktes und der Veränderungen der Investitionsbedingungen, damit Investoren in Drittlandsmärkten frei investieren können. Mächtige

Fortsetzung weiter auf Seite 18

Jeder muß den Mut zu seiner eigenen Meinung haben!
Wilhelm von Humboldt (1767-1835)

„*Wasser ist ein Menschenrecht.....*“
Fortsetzung von Seite 17

Lobbyverbände üben massiv Einfluss auf supranationale Organe, um ihre Forderungen durchzudrücken und soziale Errungenschaften und demokratische Rechte zu schleifen. Der Einfluss von Lobbyorganisationen auf politischen Ebenen ist fatal, denn die Macht geht nicht mehr vom Volk aus sondern von der Wirtschaft. Wenn dieser Systemfehler nicht behoben wird, wird das Volk künftig in die Rolle des Zuschauers manövriert. Real regiert bereits die Wirtschaft, aufgrund ihrer Macht im Hintergrund und durch das einflussreiche Netzwerk ihrer Lobbyorganisationen. Das ratifizierte TTIP-Abkommen darf nicht mehr verändert werden. Änderungen wären nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten möglich, was praktisch nicht funktionieren wird. Kein Parlament, selbst nach Neuwahlen, dürfte dann von den ratifizierten Verträgen abweichen. So entmachten sich nationale Parlamente für alle Zeiten und bleiben festgezurrt in einem System, das keine Spielräume für eigene Entscheidungen duldet. Die Demokratie wird ad absurdum geführt und die Bevölkerung von einer Wirtschaftsdiktatur regiert. Das elementare Gut Wasser ist zu wertvoll, um es Investoreninteressen zu überlassen. Wasser gehört in Bürgerhand und unter demokratische Kontrolle, weil Wasser ein Menschenrecht ist und keine x-beliebige Ware, die an der Börse gehandelt und aus der nach Belieben Profit geschlagen werden darf. *****

„Bürgerkrieg in Deutschland.....“
Fortsetzung von Seite 1

spätestens im Jahre 2020 nicht mehr regierbar sei.
Der Werteverfall, die Islamisierung, die Massenarbeits-losigkeit und der fehlende Integrationswille einiger Zuwanderer, die sich “rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume” selbst mit Waffengewalt erkämpfen würden, sowie viele andere deutsche Probleme werden sich nach dieser Studie in einem Bürgerkrieg entladen. Der zu erwartende Bürgerkrieg soll aber ebenso weitere Ballungszentren Europas betreffen, während die EU auf eine harte Probe gestellt werde und in Teilen zerbreche.
Bereits heute können wir feststellen, dass europäische Länder während der Wirtschaftskrise weit nach rechts abgedriftet sind. Ausgerechnet das bislang so liberale Holland hat ein solchen Weg eingeschlagen, während auch Österreich, Belgien, Italien und Großbritannien bereits mit dem Rechtsextremismus sympathisieren und zu einer harten Belastungsprobe der europäischen Einigung werden.
Ausgelöst wird dieser Rechtsruck von der Verschiebung der Bevölkerungsanteile. Allein im Jahr 2015 kommen mit etwa 1,5 Millionen Migranten doppelt so viele Menschen nach Deutschland, wie im Inland geboren werden. „Der Rückgang der (deutschen) Bevölkerung kann nicht mehr aufgehalten werden. Die Abwärtsspirale ist unumkehrbar. Deutschland wird 2050 ein moslemischer Staat sein“, rechnet das Statistische Bundesamt vor.
Kommt es in Deutschland bald zum Bürgerkrieg?
Die Situation rund um die Flüchtlinge spitzt sich in ganz Europa immer mehr zu. Vor allem gibt es zwei Lager: diejenigen, welche diese illegale Migrationswelle befürworten, und diejenigen, die dagegen sind. Die Gegner der Migrationsströme werden durch die Ängste vieler Bürger immer mehr. Doch das erzeugt Spannungen innerhalb der Bevölkerung.
Der Präsident der im Mai 2003 gegründeten „Vereinigung österreichischer Kriminalisten“, Alfred Ellinger, Strafrichter und Vizepräsident des Landesgerichts Eisenstadt (Österreich), hat in seiner Analyse über die Islamisierung Österreichs und Europas bereits vor Jahren prophezeit: „Europa wird Schlachtfeld für einen großen Kampf werden“ und beendet seinen Bericht mit dem Satz: „Wenn sich Europa nicht sehr schnell von einer völlig verfehlten Migrationspolitik, der Vision einer „multikulturellen Gesellschaft“ und einer verfehlten Toleranz im Umgang mit verhetzten Islamisten verabschiedet, wird der gebetsmühlenartige Aufruf zu „Dialog“ und „Toleranz“ zu ungeahnten Problemen und zu neuen politisch motivierten Glaubenskriegen in unseren Städten führen.“
Focus Money Online berichtet dazu am 20. Juni 2012: „Immer mehr Experten warnen vor schwersten Unruhen mitten in Europa. Die Straßenschlachten in Athen, brennende Gebäude in London, die angezündeten Autos in Berlin und Hamburg seien ein klares Anzeichen dafür, wie unzufrieden die Menschen in Europa sind. „Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiß, was sich da zusammenbraut, aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber“, sagt Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.
Die Tageszeitung *Die Welt* schreibt am 8. November 2012: „Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hält in den nächsten Jahren tiefgreifende politische und wirtschaftliche Veränderungen für denkbar. „Wir stehen vielleicht vor einer Revolution in Europa“, sagte Schmidt beim Wirtschaftsforum der

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Die Religion soll nicht Wurzel sein der Staaten, die nur solche oder solcher Früchte geduldig trägt, sondern befruchtender Tau, der alle Pflanzen erquickt! Ludwig Börne

„Bürgerkrieg in Deutschland.....“
Fortsetzung von Seite 18

Wochenzeitung *Die Zeit* in Hamburg.“
Wenige Tage später, am 2. Dezember 2012, sagte der ehemalige deutsche Kanzler in der St. Michaelis Kirche in Hamburg: „Wir sind am Vorabend der Möglichkeit einer Revolution in Europa. Ich spüre dass wir uns in einer Unsicherheitssituation befinden und dass die Mehrheit der öffentlichen Meinung von Spanien und Italien bis nach Finnland und einschließlich Deutschlands, das Vertrauen in die Europäische Vereinigung etwas abgebaut hat und dass dieser Prozess des Vertrauensverlustes noch nicht zu Ende ist. Das Europa nicht gerade auf Platz der Beliebtheitsskala der Deutschen ist, ist offensichtlich.“
Die *NEOPresse* meldete am 20. Juli 2015: „Der polnische EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte: Die Atmosphäre ist ein wenig mit der in der Zeit in Europa nach 1968 zu vergleichen. Ich spüre eine, vielleicht noch nicht direkt revolutionäre Stimmung, aber eine starke Ungeduld. Wenn aber Ungeduld von der individuellen Erfahrung zu einem sozialen Phänomen wird, dann ist das die Einleitung von Revolutionen.“

Die ersten Lunten für das große Feuer sind gelegt.
In Baden-Württemberg sind über 30.000 Flüchtlinge verschwunden. Das gibt die Stuttgarter Landesregierung offen zu. Das heißt: Ein Fünftel der Migranten sind untergetaucht. Deutschlandweit bedeutet das: 160.000 Immigranten sind nicht mehr auffindbar. Oder sind es schon weitaus mehr?
„Das Land sperrt Flüchtlinge nicht ein. Es kommt vor, dass sie Erstaufnahmeeinrichtungen auf eigene Faust verlassen“, sagt Christoph Häring vom Integrationsministerium gegenüber den *Stuttgarter Nachrichten*. Die Motive seien „dem Land im Einzelnen nicht bekannt“.
Für gefährlich hält man das beim Innenministerium des Bundeslandes nicht. „Man kann nicht bestreiten, dass man in diesen Fällen nicht weiß, wer sich wo aufhält“, sagt ein Sprecher. Das sei ein Sicherheitsthema, allerdings „kein dramatisches“. Denn: Ohne Registrierung gebe es auch kein Geld.
Der Stuttgarter Regierungspräsident Johannes Schmalzl sieht das anders. Er warnt die Politik davor, den Überblick zu verlieren, und weist auf Sicherheitsrisiken hin.

Und die gibt es wohl in ganz Deutschland: Wenn in Baden-Württemberg allein dieses Jahr über 30.000 Flüchtlinge verschwinden und dies laut Behördenangaben ein „niedriger 2stelliger Prozentsatz“ sei (von 148.000 Flüchtlingen sind 32.000 verschwunden), so ist sicher davon auszugehen, dass dies in anderen Bundesländern nicht anders ist. Bundesweit bedeutet dies: von 800.000 Flüchtlingen, die allein bis jetzt in Deutschland einreisten, dürften 160.000 verschwunden sein.
Noch eine Zahl zum Nachdenken: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzt, dass sich bis zu 290.000 Migranten völlig unregistriert im Lande bewegen. Das Bundesinnenministerium gibt zu, dass es nicht einmal weiß, wie viele Migranten in Aufnahmelagern versorgt werden und wie viele sich zurzeit in Deutschland aufhalten.

Wovon leben sie? Wo wohnen sie? Dazu gibt es eine positive und eine negative Hypothese, mutmaßt die Webseite *mmnews*. Gegenwärtig laufe die Operation „harmlos“ bei den Medienkonzernen, weshalb man stets nur die harmlosen Hypothesen propagiert. Die syrischen Siedler wollten eben mal die Oma besuchen, die in Deutschland lebt, oder die syrischen Kollegen leben eben in Berlin, da will man nicht im Süden bleiben. „Die negative Hypothese, die stets verdrängt wird, sieht leider weit weniger appetitlich aus“, schreibt die Webseite. Denn diese negative Hypothese lautet: Einige oder gar viele der Untergetauchten bauen – finanziert von den Saudis und ihren Verbündeten Zellen und Operationsbasen des IS auf – mitten unter uns.

Die Angst der Bürger wächst. Die Bürger in Deutschland ahnen das schon länger. Anfang November veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach unter der Überschrift: „Kontrollverlust – die Besorgnis der Bürger wächst.“ In einem Interview mit der Berliner Tageszeitung *Die Welt* sprach Instituts-Chefin Renate Köcher wenige Tage später von „tiefer Beunruhigung in der Bevölkerung.“ Die Allensbacher Zahlen sprechen für sich: Im August hatten 40 Prozent der Befragten „große Sorgen“ über die „Entwicklung der Flüchtlingssituation in Deutschland“. Im September waren es 44 und im Oktober schon 54.
57 Prozent der Bürger seien überzeugt, berichtet Köcher, „dass Deutschland jegliche Kontrolle darüber verloren hat, wie viele Flüchtlinge ins Land kommen.“ Die Mehrheit der Bürger hält die Politik in der Migrantenkrise schlicht für überfordert und ratlos.
Köcher in der *FAZ*: „Besonders kritisch ist, dass in der Bevölkerung Zweifel daran weit verbreitet sind, ob die Politik überhaupt eine Vorstellung hat, wie die Probleme eingegrenzt und bewältigt werden können.“
Vorschub geleistet hat diesem Gefühl des Kontrollverlusts wohl auch jene Bemerkung von Bundeskanzlerin Merkel, dass man 3000 Kilometer Grenzen Deutschlands gar nicht schützen könne. Es habe eine „enorme Wirkung, wenn ein solcher Satz fällt“, so Köcher zur *Welt*.

Fortsetzung weiter auf Seite 20

„Bürgerkrieg in Deutschland.....“
Fortsetzung von Seite 19

Denn wer die Landesgrenzen in Frage stellt, stellt das ganze Land in Frage und alles was zu ihm gehört: Der Sozialstaat etwa verlangt nach Grenzen und ist ohne Grenzen gar nicht denkbar. Die Menschen, die für ihn Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aufbringen und darauf rechnen, dass der Sozialstaat sie im Bedarfsfall auch auffängt, wissen das genau. Fallen die Grenzen, fällt die Ordnung. Fällt die Ordnung, dann ist der Bürgerkrieg nicht weit. *****

Fröhliche Weihnachten

Liebe Leser und Freunde des Vereins Leben und Leben Lassen,
Liebe Mitglieder und Unterstützer,

Der Vorstand wünscht angesichts all der belastenden Nachrichten der letzten Wochen und Monate, allen Menschen auf dieser Welt, aber ganz besonders unseren Mitbürgern in München und Umland, ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise der Lieben. Möge das christliche Fest ein Moment des Friedens und der Liebe über die Welt bringen und mit dem Jahreswechsel die Krisen auf unserer Erdkugel die Chance auf Erlösung zu geben.
Unsere Weihnachtswünsche begleiten auch all den Flüchtlingen und Notleidenden, die entweder gerade angekommen sind oder schon länger im Schatten der Gesellschaft unserer schönen Stadt ihr leben zu meistern versuchen. Es ist zu hoffen, daß wir alle mit den Herausforderungen des Lebens erfolgreich umgehen lernen werden.

Mit den besten Wünschen für ein schönes Weihnachtsfest,
Euer L&LL Vorstand

Bildquelle: „Adventskranz-1.Advent“ von Micha L. Rieser - Own work by uploader (wreath and picture). Lizenziert unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adventskranz-1.Advent.jpg#/media/File:Adventskranz-1.Advent.jpg

Impressum:

Anschrift
Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber
Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

Chefredakteur
Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Franz-Jochen Schoeller
Peter Orzechowski

Büroleitung
Sasan Harun-Mahdavi

Verlag
D.i.E.

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: www.lebenundlebenlassen.org
E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org
Tel.: +49-89-3106999
Fax: +49-89-32155805
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.